



Europäische Umweltpolitik und liberale Grundsätze

Vortragender: Alice Vadrot & Ronald Pohoryles

Mag. Alice Vadrot ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin eines international tätigen sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums. Desweiteren ist sie Mitglied des Wiener Landesprasidiums des LIF. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Schnittstelle von Politik und Wissenschaft am Beispiel der Politik zur Biodiversität.

Univ.-Doz. Dr. Ronald Pohoryles ist Politikwissenschaftler und Institutsvorstand eines international tätigen sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums. Desweiteren ist er Mitglied des Bundesprasidiums des LIF mit Zuständigkeit für europäische und internationale Angelegenheiten und Präsident des Liberalen Zukunftsforums.

Ziele der Veranstaltung:

- Den europäischen Hintergrund der Umweltpolitik zu verstehen und liberale Antworten zu suchen
- Anhand aktueller Beispiel die internationale Dimension der Umweltpolitik zu diskutieren
- In umweltpolitischen Diskussionen liberale Standpunkte zu vertreten

Problemstellung:

Seit Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts engagiert sich Europa politisch mit zugunsten der Umwelt: Schutz der Luft- und der Wasserqualität, Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt, Abfallentsorgung und Regulierung von umweltschädlichen Wirtschaftstätigkeiten bilden nur einige der Politikfelder, auf denen die Europäische Union sowohl im Zusammenwirken mit den Mitgliedstaaten als auch auf internationaler Ebene tätig ist.

Die **Zuständigkeit der Europäischen Kommission** ist in Artikel 191 des Vertrags von Lissabon geregelt.

Die Union setzt sich umweltpolitisch mit folgenden Zielen auseinander:

- Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- Schutz der menschlichen Gesundheit;
- umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;
- Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme und insbesondere zur Bekämpfung des Klimawandels.

Die Union bekennt sich zum Präventions- und zum Verursacherprinzip.

Ob es sich nun um punktuelle Umweltprobleme oder aber um horizontale und in andere Politikbereiche integrierte Maßnahmen handelt, die auf Artikel 191 des Vertrags von Lissabon.

Es gilt hier aber das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, das den Mitgliedsstaaten die Zuständigkeit der Kommission stark einschränkt und den Mitgliedsstaaten nicht nur ein Mitspracherecht einräumt, sondern auch nationalen Regelungen einen großen Spielraum einräumt. Ausdrücklich betont wird auch das Kosten-Nutzen-Prinzip, also 'die Vorteile und die Belastung aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens' (Artikel 191).

Ein wichtiges Instrument der EU ist **das (mittlerweile sechste) Aktionsprogramm für die Umwelt**. Hier legt die EU die Prioritäten und Ziele der Umweltpolitik der Gemeinschaft fest und beschreibt die Maßnahmen, die nötig sind, um einen Beitrag zur Umsetzung ihrer Strategie für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten.

Das Aktionsprogramm geht davon aus, dass nicht ein legislatischer, sondern ein strategischer Ansatz in der Umweltpolitik entscheidend ist. Es geht also um Maßnahmen, die Entscheidungen der Wirtschaft, der Verbraucher, der Politik und der Bürger beeinflussen. Thematisch stehen Klimawandel, Natur und biologische Vielfalt, Umwelt und Gesundheit, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und des Abfalls sowie das internationale Umfeld im Zentrum der Strategie.

Was sind nun **liberale Antworten im Bereich der Umweltpolitik**? Das LIF hat in seinem Grundsatzprogramm in Art. 2.7 Grundlinien festgesetzt: Der liberale Rechtsstaat hat hier eine wesentliche Funktion: es geht hier um ein "öffentliches Gut". Der Staat hat beispielsweise eine wichtige Aufgabe,

- aus ökologischer Verantwortung die Wirtschaftspolitik dazu beiträgt, dass die Rahmenbedingungen für das Produzieren und Konsumieren ein Übergehen zu ökologischem Verhalten tatsächlich ermöglichen und attraktiv machen. Das Verursacherprinzip ist ohne Wenn und Aber zu verankern.
- Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu verstärken, um durch ein entsprechendes Konsumverhalten dazu beizutragen, dass umweltschonende, ressourcensparende und abfallvermeidende Produkte marktgerecht angeboten werden. Verzicht auf ökologisch unverantwortbaren Konsum stellt eine sinnvolle Komponente der ökologischen Verantwortung sowohl innerhalb der industrialisierten Gesellschaften als auch in deren Verhältnis zu den Entwicklungsländern dar.

Die Erhaltung einer gesunden Umwelt kann nicht nur Angelegenheit nationaler Vorschriften und internationaler Abkommen sein, sondern erfordert auch die Bereitschaft des Einzelnen, in der gesamten individuellen Lebensgestaltung ökologische Notwendigkeiten mit einzubeziehen.

Ablauf der Veranstaltung:

Die Veranstaltung umfasst einen Block zu 90 Minuten umfassen, auf Wunsch kann eine vertiefende Diskussion nach einer Kaffeepause erfolgen.

- 1 Zunächst werden die liberalen Grundsätze zur Umweltpolitik vorgestellt und diskutiert (rund 30')
- 2 Sodann werden die Grundzüge der europäischen Umweltpolitik erläutert und anhand von zwei Fallbeispielen (Erhaltung der natürlichen Umwelt und Biokraftstoffe) dargestellt. Dabei wird auf die Problematik der europäischen Politik hingewiesen (Dauer: etwa 30').
- 3 Abschließend folgt eine Publikumsdiskussion über liberale Alternativen. Welche Rolle kann/soll die EU spielen, wie können liberale Grundsätze auf nationaler und europäischer Ebene durchgesetzt werden?